Deutscher Bundestag **Drucksache 16/5892**

16. Wahlperiode 04. 07. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Cornelia Behm, Birgitt Bender, Ulrike Höfken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/5427 –

Landwirtschaftliche Krankenversicherung ab 2009 weiter an Bundesmitteln zur landwirtschaftlichen Krankenversicherung beteiligen

A. Problem

Im Rahmen der Gesundheitsreform wurde beschlossen, die landwirtschaftliche Krankenversicherung (LKV) ab 2009 nicht mehr an den vorgesehenen Bundesmitteln zur Erstattung versicherungsfremder Leistungen in der Krankenversicherung zu beteiligen. Dies sei eine Ungleichbehandlung von Landwirten, die die große Koalition aus den Fraktionen der CDU/CSU und SPD lediglich mit dem formalen Argument, dass die LKV nicht am Gesundheitsfonds teilhabe, begründet habe.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/5427.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/5427 abzulehnen.

Berlin, den 20. Juni 2007

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ulrike Höfken
Vorsitzende

Peter Bleser
Berichterstatter

Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Berichterstatterin

Dr. Edmund Peter Geisen
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Cornelia Behm
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Peter Bleser, Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Dr. Edmund Peter Geisen, Dr. Kirsten Tackmann und Cornelia Behm

1. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/5427** in seiner 102. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss sowie an den Ausschuss für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen.

2. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Im Rahmen der Gesundheitsreform wurde beschlossen, die landwirtschaftliche Krankenversicherung (LKV) ab 2009 nicht mehr an den vorgesehenen Bundesmitteln zur Erstattung versicherungsfremder Leistungen in der Krankenversicherung zu beteiligen. Dies sei eine Ungleichbehandlung von Landwirten, die lediglich mit dem formalen Argument, dass die LKV nicht am Gesundheitsfonds teilhabe, von Seiten der großen Koalition aus den Fraktionen der CDU/CSU und SPD begründet werde.

Gleichzeitig soll auf Veranlassung der großen Koalition bis Ende 2008 ein Gutachten vorgelegt werden, dass darlegt, ob die Höhe der Zuschüsse zur landwirtschaftlichen Krankenversicherung für die Altenteiler angemessen ist.

Hier bestünden aber Zweifel, ob zum einen in der kurzen Zeitspanne von Ende 2008 bis Januar 2009 ggf. die Erstattungspflicht wieder eingeführt werden könne. Zum anderen gehe die Koalition davon aus, dass das Gutachten ergeben werde, dass die Zuschüsse zur landwirtschaftlichen Krankenversicherung für die Altenteiler nicht überhöht seien.

Die Bundesregierung solle daher aufgefordert werden, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Beteiligung der landwirtschaftlichen Krankenversicherung an den vorgesehenen Bundesmitteln für versicherungsfremde Leistungen ab dem Jahr 2009 weiter entsprechend ihrem Anteil an den entsprechenden Ausgaben der Krankenkassen sicherstellt.

3. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 16/5427 in seiner 46. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage auf Drucksache 16/5427 in seiner 57. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

4. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat die Vorlage auf Drucksache 16/5427 in seiner 50. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und SPD** führten aus, es gebe mündliche und schriftliche Vereinbarungen des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und der Bundesministerin für Gesundheit, nach der die landwirtschaftliche Krankenkasse und ihre Leistungen auch nach 2009 gesichert blieben. Es sei richtig, dass vorher bis 2008 eine Prüfung erfolgen solle.

Der Antrag werde abgelehnt, weil man Vertrauen in die Regierung und die von ihr gegebenen Zusagen habe, nach der Anschlussregelungen erfolgen würden.

Die **Fraktion der FDP** befürchtete, dass die landwirtschaftlichen Krankenkassen von den versicherungsfremden Leistungen abgekoppelt würden, wenn die Regierung sich nicht frühzeitig und umfassend auf die Fortsetzung dieser Leistungen festlegen würde. Von daher sehe man den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als sinnvoll an.

Die **Fraktion DIE LINKE.** führte aus, man sehe sich erstmals im Ausschuss in einer sozialpolitischen Frage an der Seite der Fraktion der FDP. Natürlich wende man sich dagegen, dass Leistungen einer Pflichtversicherung, für die Beiträge gezahlt werden müssten, gekürzt würden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erläuterte ihren Antrag damit, dass aus ihrer Sicht die versicherungsfremden Leistungen der landwirtschaftlichen Krankenversicherung trotz der Zusage von Bundesminister Horst Seehofer nicht als gesichert angesehen werden könnten. Anderenfalls hätte man entsprechende Regelungen zur landwirtschaftlichen Krankenversicherung auch in das Reformgesetz zur Krankenversicherung mit eingeschlossen. Dies sei aber nicht geschehen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Drucksache 16/5427 abzulehnen.

Berlin, den 20. Juni 2007

Peter Bleser
Berichterstatter

Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Berichterstatterin

Dr. Edmund Peter Geisen
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Cornelia Behm
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333